

Verbrechen erinnern

• Walter Manoschek

Im Zweiten Weltkrieg stammten von den etwa 19 Millionen Wehrmachtsangehörigen 1,3 Millionen (also acht Prozent) aus der Ostmark. Das waren 38 Prozent der gesamten männlichen Bevölkerung des Landes¹, es war jene Männergeneration, die ab 1945 den Aufbau der Zweiten Republik durchführte. Dieser Umstand mag ein Hauptgrund dafür sein, daß die Verbrechen der Wehrmacht 50 Jahre lang keinen Eingang in das kollektive Gedächtnis gefunden haben.

Obwohl seit den Nürnberger Prozessen bekannt war, daß Wehrmachtseinheiten »an all diesen Verbrechen teilgenommen haben oder in schweigender Zustimmung verharrten, wenn vor ihren Augen größer angelegte und empörendere Verbrechen begangen wurden, als die Welt je zu sehen das Unglück hatte«², ist die Legende von der »sauberen Wehrmacht«, die in Distanz zu Hitler und dem NS-Regime mit soldatischem Anstand und Würde ihre Pflicht erfüllt habe, zur beständigsten Geschichtslüge über den Nationalsozialismus in den Nachfolgestaaten des »Dritten Reiches« geworden.

Die sogenannte Wehrmachtsausstellung zerstört nun erstmals diese Legende in der breiten Öffentlichkeit. Sie dokumentiert an Hand von zahlreichen Photos, Tagebüchern und anderen Archivquellen, daß die Wehrmacht auf dem Balkan und in der Sowjetunion keinen »normalen Krieg« führte – womit ein Krieg gemeint ist, in dem die Regeln des Kriegsvölkerrechts eingehalten werden –, sondern auch einen nicht militärisch, rassenideologisch motivierten Vernichtungskrieg gegen Juden, sowjetische Kriegsgefangene und gegen die Zivilbevölkerung, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Bei diesen Verbrechen handelte es sich nicht um vereinzelte

Exzeßstaten, wie sie leider in jedem Krieg vorkommen: sie waren Teil des Kriegszieles, das definiert war durch die nationalsozialistische Formel: Schaffung von Lebensraum im Osten durch die Ausrottung des »jüdischen Bolschewismus«, das heißt die Vernichtung der osteuropäischen Juden, und die physische Dezimierung der übrigen slawischen Bevölkerung.

Die Ausstellung zeigt dies an drei gründlich recherchierten Fallstudien:

- Sie dokumentiert die Vernichtung der Juden und den Massenmord an Zivilisten in Serbien. Allein im Herbst 1941 hatten Exekutionskommandos der Wehrmacht zwischen 20 000 und 30 000 serbische Zivilisten erschossen, darunter sämtliche erwachsene männliche Juden.
- Sie zeigt, wie sich die berühmte 6. Armee, die 1942/43 in der Schlacht von Stalingrad untergegangen ist, auf ihrem Weg nach Stalingrad an der Ermordung der ukrainischen Juden – etwa beim Massaker an 30 000 Juden in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew im September 1941 – beteiligte und die ukrainische Zivilbevölkerung gnadenlos terrorisierte.
- Sie schildert anhand der dreijährigen militärischen Besatzungsherrschaft in Weißrußland den Vernichtungskrieg der Wehrmacht gegen Juden, Zivilisten und an den sowjetischen Kriegsgefangenen, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Teils autonom, teils gemeinsam oder mittels arbeitsteiliger Verfahren mit den sogenannten »verbrecherischen Organisationen« – also der Waffen-SS und den SS-Einsatzgruppen – war die Wehrmacht an all diesen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt.

Emotionale Debatte in Österreich

Diese Fakten treffen den Nerv der österreichischen und deutschen Gesellschaft. Wo immer die Ausstellung seit 1995 in Deutschland und Österreich gezeigt wird, löst sie heftige politische Kontroversen und massive Verstöße aus. In Österreich war die Ausstellung bisher in Wien, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und in Graz zu sehen und wird ab März 1998 in Salzburg gezeigt werden. Von Beginn an löste sie in Österreich eine äußerst emotional geführte öffentliche Debatte aus, die von Ausstellungsort zu Ausstellungsort an Intensität zunimmt und die in ihrer

Heftigkeit und Breitenwirkung mit jener um die Kriegsvergangenheit des ehemaligen UNO-Generalsekretärs und österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim Mitte der 80er Jahre vergleichbar ist. Doch während es bei der Affäre Waldheim um den persönlichen Umgang Waldheims mit seiner Kriegsvergangenheit und um die Gründungslegende der Zweiten Republik als erstes Opfer Nazideutschlands ging, wirft die Wehrmachtsausstellung einen Blick auf den Zustand der nationalsozialistischen großdeutschen Gesellschaft an Hand der größten Institution des Dritten Reiches: der Wehrmacht.

Die Wehrmacht war keine spezifische nationalsozialistische Terrororganisation wie etwa die SS-Einsatzgruppen; ihre Angehörigen waren keine fanatisierten NSDAP-Mitglieder, sondern rekrutierten sich aus dem Durchschnitt der männlichen großdeutschen Gesellschaft. Bei ihnen handelte es sich – ebenso wie bei den Angehörigen des von Christopher Browning und Daniel Goldhagen untersuchten Polizei-Bataillons 101 – um Millionen »ganz normaler Männer« oder »ganz normaler Großdeutscher«. Analog dazu sind die Verbrechen der Wehrmacht nicht Verbrechen, die von einer klar eingrenzenden, ideologisch hochmotivierten gesellschaftlichen (Rand-)Gruppe – etwa KZ-Aufsehern – oder einem anonymen bürokratischen Apparat begangen wurden, sondern es sind Verbrechen, die aus der Mitte der Gesellschaft heraus verübt wurden: Verbrechen der Wehrmacht sind – wie Jan Phillip Reemtsma es bezeichnet – »von der Formulierung her Verbrechen des Jedermann, Verbrechen von Jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Großvater«.³ Das macht die Brisanz dieser Ausstellung aus. Denn damit gerät die Frage nach der persönlichen Verantwortung und der persönlichen Entscheidungsfreiheit des Einzelnen ins Blickfeld. Die Ausstellung thematisiert das individuelle Verhalten von Millionen ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und erzwingt eine persönliche Stellungnahme von jedem einzelnen.⁴ Die Ausstellung bleibt nicht auf der Ebene der Wehrmacht als Institution stehen. Sie zeigt, nicht zuletzt anhand hunderter Privatphotos von Wehrmachtsangehörigen, diese ganz normalen Männer beim systematischen Morden außerhalb des militärischen Kampfesgeschehens, spürt mittels Feldpostbriefen und Tagebuchaufzeichnungen ihren Mentalitäten nach und stellt die Frage: Wie konnte das geschehen?

Diese Fragen treffen den Nerv der österreichischen Gesellschaft, in deren kollektiven Gedächtnis die Wehrmacht bisher als frei von nationalsozialistischen Verbrechen verankert war, in der die ehemaligen österreichischen Wehrmachtsangehörigen zugleich als Helden der Heimat und Opfer des NS-Regimes erinnert werden.

Politische Reaktionen

In der Waldheim-Diskussion der 80er Jahre stand die staatliche Identität Österreichs zur Debatte. Nach 40 Jahren geriet der Mythos von Österreich als dem ersten Opfer Nazi-Deutschlands ins Wanken. Als Konsequenz dieser Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit wurde erst vor wenigen Jahren durch eine Erklärung der österreichischen Bundesregierung die Opfer-These von einer Mitverantwortungs-These staatsoffiziell abgelöst. Eine These, die besagt, daß Österreich als Staat zwar Opfer der militärischen Aggression Nazi-Deutschlands gewesen ist, aber die österreichische Gesellschaft an den Verbrechen des Nationalsozialismus partizipiert hat und dafür Mitverantwortung trägt. Mit dieser Regierungserklärung war ein wichtiger Schritt hin zu einem differenzierteren Geschichtsbild getan. Die Wehrmachtsausstellung ist nun der erste Testfall, an dem sich zeigen sollte, ob das offizielle Österreich, d.h. seine politischen Repräsentanten, auch konkret bereit ist, sich seiner Mitverantwortung am Nationalsozialismus zu stellen.

Nach sechs Ausstellungsarten läßt sich eine erste Bilanz ziehen. Die Ausstellung wurde von Beginn an von der medialen Öffentlichkeit zum Prüfstein für die Haltung der österreichischen Parteien zur NS-Vergangenheit erklärt. Die Politiker verhielten sich angesichts der gesellschaftspolitischen Brisanz des Themas vorerst vorsichtig.

Nur Jörg Haider, der Führer der größten Oppositionspartei FPÖ mit einem Wähleranteil von 25 Prozent, schwang sich sofort zum Verteidiger der sogenannten Wehrmachtsgeneration auf: Er erklärte, daß er es nicht zulassen werde, daß diese Ausstellung die Väter und Großväter zu Verbrechen erkläre⁵; in einer Rede vor ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS solidarisierte er sich mit deren Gedankengut und drückte seine Bewunderung dafür aus, daß die Waffen-SS-Mitglieder »auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung treu geblieben sind«.⁶

Die beiden kleinen Oppositionsparteien – die Liberalen und die Grünen – hingegen unterstützen die Ausstellung auf vielfältige Weise.

Die beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ nehmen zur Ausstellung kontroverse Positionen ein: Die ÖVP verweigert der Ausstellung jegliche Unterstützung, während die SPÖ Zustimmung zur Ausstellung signalisiert. Spitzenpolitiker (Nationalratspräsident Heinz Fischer, der Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreter Ausserwinkler, die Linzer und Grazer Bürgermeister Dobusch

und Stingl) traten als Eröffnungsdredner auf oder haben die Schirmherrschaft für die Ausstellung übernommen.

Resümierend kann gesagt werden: Die Wehrmachtsausstellung ist in Österreich ein Politikum, wobei sich eine deutliche Rechts-Links-Polarisierung erkennen läßt. Wo immer sie gezeigt wird, führt sie zu kontroversen politischen Reaktionen.

Die mediale Berichterstattung

Wie keiner anderen zeitgeschichtlichen Ausstellung zuvor wird der Wehrmachtsausstellung breiter medialer Raum gewidmet. In zahllosen Berichten und Kommentaren und in hunderten Leserbriefen wird der Inhalt der Ausstellung kontrovers diskutiert, wobei die Polarisierung entlang der Schlagworte: »Verleumdung der Wehrmachtsgeneration und Pauschalisierung einzelner Verbrechen« versus »Enttabuisierung der Wehrmachtverbrechen« verläuft.

Der überwiegend positiven Rezeption der Ausstellung im redaktionellen Teil steht eine ebenso breite und vehemente Ablehnung in den Leserbriefspalten gegenüber. Hier artikuliert sich mehrheitlich das kollektive Gedächtnis der Frontgeneration, wobei sich bestimmte stereotype Argumentationsmuster ausmachen lassen. Hier einige Beispiele:

- »In jeder Armee der Welt gibt es einen Bodensatz von einberufenen Soldaten mit krimineller Veranlagung.«⁷
- »Gewiß hat es auch auf deutscher Seite (wie nun einmal in allen Armeen der Welt) Übergriffe gegeben. Aber das war nicht die Regel.«⁸
- »Wenn Sie damals gelebt hätten, wären Sie genauso eingezogen worden und hätten mitmachen müssen. Wir haben uns aber alle nach besten Kräften bemüht, vor unserem Gewissen bestehen zu können.«⁹
- »Hätten wir das einzige Märtyrervolk der Weltgeschichte sein sollen? ... Würden Sie Befehle verweigern, wenn es Sie den Kopf kosten würde?«¹⁰
- »Viele ehemalige Kriegsgegner haben seit 1945 laufend die faire Kriegsführung der Wehrmacht bestätigt.«¹¹
- »Der deutsche Soldat, erst recht die in der Wehrmacht dienenden Österreicher, waren die anständigsten der Welt.«¹²

Das Gemeinsame an diesen Erzähltypen ist die vehemente Schuldabwehr. Die Bandbreite der dafür gewählten Erzählstrategien reicht von der klassischen Täter-Opfer-Umkehr bis zur kategorischen Leugnung der Wehrmachtverbrechen. Selbst dort, wo das Verbrechen thematisiert ist, gerinnt es zur rhetorischen Floskel, wird zum Spielmaterial für Auf- und Gegenrechnungen. Es ist ein höchst emotional geführter Kampf gegen die Erinnerung, in dem Empathie für die Opfer des Vernichtungskrieges keinen Platz finden kann.

Dennoch spricht hier nicht die Frontgeneration. Für viele ehemalige Wehrmachtsoldaten

bietet die Ausstellung erstmals die Möglichkeit, ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Traumatisierungen zu artikulieren. Nach über fünfzig Jahren entsteht mit der Ausstellung ein virtueller Gedächtnisort, der Raum bietet für die bislang abgespaltenen und gesellschaftlich tabuisierten individuellen Erinnerungen. Dieses Angebot wird auf vielfältige Weise genutzt. In den Gästebüchern finden sich Einträge ehemaliger Soldaten, die über ihr Erleben des Vernichtungskrieges Zeugnis ablegen. Den Gestaltern der Ausstellung werden von Besuchern Fotoalben zur Verfügung gestellt, in denen ähnliche Szenen wie die in der Ausstellung gezeigten festgehalten sind, und es erreichen uns zahlreiche Briefe ehemaliger Soldaten, die detailliert Verbrechen der Wehrmacht beschreiben, die sie selbst miterlebt haben. Die Ausstellung produziert damit bereits ihre eigenen historischen Quellen. Allein aus diesen Materialien ließe sich eine Folgeausstellung über Verbrechen der Wehrmacht gestalten. Sie sind eindrucksvolle Belege dafür, daß die Ausstellung nicht ausgewählte Fallbeispiele von Verbrechen generalisiert, sondern im Gegenteil nur die Spitze eines viel umfangreicheren Gesamtverbrechens zeigt.

Wer angenommen hat, daß 50 Jahre nach Kriegsende ein Schlußstrich unter die gesellschaftliche Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus gezogen werden würde, wurde eines anderen belehrt. Das Gegenteil ist eingetreten. Die öffentlichen Kontroversen um Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« und um die Wehrmachtsausstellung machen deutlich, daß wir in eine neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eintreten: Nach einer 50jährigen Latenzphase, nach dem gesellschaftlichen Abtreten der Erlebnisgeneration, ist es in den Tätergesellschaften überhaupt erst möglich, die Involviertheit des Kerns der Gesellschaft in den Nationalsozialismus – und in seine Verbrechen – öffentlich zu thematisieren und aufzuarbeiten. Die Verbrechen waren zu monströs und die Beteiligung zu umfassend, als daß wir von der Erlebnisgesellschaft etwas anderes als kollektive Verleugnung hätten erwarten können. Der generative Abstand eines halben Jahrhunderts scheint nötig gewesen zu sein, um den, von Hannah Arendt im Jahre 1950 festgestellten »allgemeine(n) Gefühlsangel« und jene »offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird«, zu überwinden, »die nur das auffälligste äußerliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung« seien, »sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden«.¹³

Die Wehrmachtsausstellung hat das beredte Schweigen über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Österreich durchbrochen. Sie zwingt, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und leitet damit einen schmerzhaften Verarbeitungsprozeß ein.

Es wird noch geraume Zeit brauchen, sich mit dem Geschehenen – im Sinne Hannah Arendts –

abzufinden. Zu perfekt haben sich staatliche, gesellschaftliche und individuelle Erinnerungspolitik ergänzt und sich über Jahrzehnte zu einer Tabuisierungskoalition geformt, als daß eine einzelne Ausstellung dieses Bündnis gänzlich zersprengen könnte. Die Ausstellung kann aber ein wichtiger Katalysator für einen Perspektivwechsel sein, indem sie nachhaltig den Blick auf die Beteiligung der Mitte der Gesellschaft an den Verbrechen des Nationalsozialismus lenkt. Ein Perspektivwechsel, der – und das zeigt die breite Resonanz auf die Ausstellung – einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht: Die Wehrmachtsausstellung ist bis Mitte 1999 vergeblich; mehr als 50 Anfragen aus deutschen und österreichischen Städten liegen vor, wodurch die Ausstellung in diesen beiden Ländern voraussichtlich noch einige Jahre zu sehen sein wird. Zudem wird die Ausstellung in modifizierter Form ab 1999 in den USA und voraussichtlich auch in Japan gezeigt werden.

Verbrechen der Wehrmacht. Der Umgang mit Makroverbrechen

Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« thematisiert staatlich initiierte, legitimierte und positiv sanktionierte Verbrechen, die von zehntausenden Soldaten in die Tat umgesetzt worden sind. Es ist aber nicht das Ziel der Ausstellung, über Wehrmachtsangehörige Urteile zu fällen, sie als Individuen zu kriminalisieren oder freizusprechen. Die Ausstellung wurde nicht von Staatsanwälten und Völkerrechtlern, sondern von Gesellschaftswissenschaftlern gestaltet. Denen ging es vielmehr darum, daß in einem ersten Schritt die Realität dieser Verbrechen von den Gesellschaften der Nachfolgestaaten des Dritten Reichs nach einem halben Jahrhundert endlich zur Kenntnis genommen wird und somit nicht weiterhin abgespaltener Bestandteil des kollektiven Bewußtseins bleibt, sondern integraler Teil des kulturellen Gedächtnisses wird. Es gilt nachzuspüren, wie die Beweise dieser staatlich legitimierte Makroverbrechen von den Tätern schon während des Krieges zu verwischen versucht wurden, wie die Nürnberger Prozesse die Beweise der Verbrechen gesammelt und öffentlich gemacht haben und wie in der Folgezeit der Prozeß der kollektiven, gesellschaftlich und staatlich gesteuerten (Selbst-)Entkriminalisierung der Institution Wehrmacht gelingen konnte. Erst in der Folge läßt sich die Frage – mit der Perspektive auf eine Antwort – stellen, wie es geschehen konnte, daß im Zweiten Weltkrieg aus ganz normalen großdeutschen Männern Verbrecher wurden, in deren soldatischem Tätigkeitsbereich das Verbrechen nicht zum Ausnahmefall (Kriegsverbrechen), sondern (im Osten und Südosten Europas) zum Kriegsalltag gehörte.

Eine dieser Ursachen lassen sich klar benennen: der Kalte Krieg, der eine unausgesprochene

moralische Rehabilitierung des großdeutschen Vernichtungskrieges gegen den Bolschewismus begünstigte. Churchills (angeblicher?) Ausspruch »Wir haben das falsche Schwein geschlachtet« ist sicherlich nicht nur mir seit früher Kindheit geläufig und ist wohl die gängigste Metapher der Entschuldung. Mit der Konstruktion der Opferlegende ersparte man sich in Österreich zumindest staatsoffiziell jegliche Thematisierung struktureller Verbrechen der Wehrmacht. Was in Österreich die Opferlegende leistete, schaffte in der BRD die militärische Westintegration in die NATO: Adenauer machte die Entlassung der letzten inhaftierten Wehrmachtsangehörigen aus alliierten Gefängnissen und eine offizielle Ehrenerklärung für die Wehrmacht durch General Eisenhower zur Bedingung für den bundesdeutschen NATO-Beitritt. Diese staatspolitische, an außenpolitischen Koordinaten entlang formulierte Erinnerungspolitik deckte sich mit den innerstaatlichen, gesellschaftlichen Erinnerungsbedürfnissen, die sich nicht an der Minderheit der NS-Opfer, sondern an der Mehrheit der ehemaligen NS-Mitläufer und NS-Täter orientierte. Diese aus innergesellschaftlichen Stabilitätsnotwendigkeiten entsprungene Erinnerungspolitik in den Tätergesellschaften beinhaltete ein Erinnerungsangebot, das von der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder begierig akzeptiert wurde. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß das Gros der gesellschaftlichen Nachkriegseliten in diesen beiden Ländern ehemalige Angehörige der Wehrmacht waren.

Das Bild, das die Wehrmachtsgeneräle in ihren Rechtfertigungsschriften zu Kriegsende von der Wehrmacht gezeichnet hatten, wurde ab den 50er Jahren in der Populärkultur aufgegriffen und von der Wissenschaft jahrzehntlang tabuisiert: in den Landerheften, Trivialromanen, Kriegsfilmern und zahlreichen Printmedien fand die Behauptung vom ganz normalen Krieg, der von anständigen Soldaten und vorbildlichen Offizieren geführt worden sei, eine plausible und erinnerungswürdige Form. Einmal in der Welt, ließ sich dieses Grundmuster auf unterhaltsame Weise variieren: Der Krieg war ein tolles Abenteuer gewesen, und die Männer in den Stukas und an den Torpedos, in den Panzertürmen und hinter den MGs hatten bewiesen, daß sie ihm gewachsen waren – alles Teufelskerle. Dabei war ihr Schicksal längst entschieden und besiegelt: Sie waren verdammt und verloren, ihr tragisches Scheitern war durch keinen noch so hohen Einsatz aufzuhalten, sie waren Todgeweihte. Was in dieser Verschiebung vom »Abenteuer« in die »Tragödie« geschah, war die Verwandlung von Tätern in Opfer. Das beginnt mit dem »Schützen-Arsch«, der über den Kasernenhof gejagt und dann an der Front skrupellos verheizt wird, setzt sich fort über die Generäle, die als Gefangene eines Größenwahnsinnigen und stümperhaften Führers gezeigt werden, und endet in der nationalen Katastrophe des Zusammenbruchs. Was blieb von den verlorenen Siegen und den Ruinen

des Reiches? Das Erlebnis der Kameradschaft, getreu bis in den Tod und darüber hinaus. Und die Bestätigung durch den Kalten Krieg, daß es richtig und mutig gewesen war, den Kampf gegen den Kommunismus begonnen zu haben. Vergeblich sucht man in diesen Bildern Hinweise auf die Existenz des Naziregimes. Die Wehrmacht als Säule des Systems und willfähiges Instrument des Terrors kommt nicht vor. Selbst das Hakenkreuz auf den Uniformen und Ehrenzeichen dieses Krieges ist nachträglich gelöscht. Die Wehrmacht war der militärische Arm der »Volksgemeinschaft«. Mit der Entpolitisierung und Entkriminalisierung der Wehrmacht sprach sich die ehemalige »Volksgemeinschaft« gleich in toto frei.

»Die Wehrmachtsausstellung hat das beredte Schweigen über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht durchbrochen. Sie zwingt, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und leitet damit einen schmerzhaften Verarbeitungsprozeß ein«

Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und in den Nachfolgeprozessen gegen das OKW und die Südostgeneräle standen hohe Wehrmachtsgeneräle vor alliierten Gerichten und wurden teils hingerichtet, teils zu hohen Haftstrafen verurteilt. Doch mit Ausbruch des Kalten Krieges hatten die Alliierten rasch das Interesse an der Strafverfolgung von NS-Tätern verloren. Diese Aufgabe ging an die Behörden der Nachfolgestaaten über. Mit der Übernahme der Normen des deutschen Strafgesetzbuches 1951 und der Erlangung der vollen Justizhoheit der BRD im Jahre 1955 kam es zu fast keinen Ermittlungsverfahren mehr gegen Angehörige der ehemaligen Wehrmacht, geschweige denn zu Verurteilungen. Als 1958 die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg errichtet wurde, die sich mit den Verbrechen des NS-Regimes in den besetzten Gebieten befassen sollte, wurde ausdrücklich festgelegt, daß Kriegsverbrechen nicht in ihre Zuständigkeit fallen. Entsprechend gestaltete sich die Verfahrens Bilanz: der ehemalige Leiter der Zentralstelle, Alfred Streim, schreibt von einigen Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Wehrmachtsangehörige, wobei es insgesamt zu zwei Anklagen und zwei Verurteilungen gekommen ist.¹⁴ In der DDR und in Österreich liegen keine entsprechenden Statistiken vor, doch zumindest in Österreich dürfte – nach eigenen Erfahrungen – die Bilanz von der bundesdeutschen kaum abweichen.

Tabuisierung und Mythologisierung

Nach fünfzig Jahren ist in den Nachfolgestaaten des »Dritten Reichs« das Wissen um Wehrmachtsverbrechen zur Ahnung verkommen. Dieses Faktum ist kein Resultat simplen Vergessens, sondern bedurfte gezielter erinnerungspolitischer Anstrengungen. Die Konstruktion der Erinnerungsfigur »saubere Wehrmacht« erfolgte in Österreich in einem zeitlichen Zwischenschritt: Auf die Tabuisierung folgte die Mythologisierung.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren hatte die Etablierung der österreichischen Opferthese oberste staatspolitische Priorität. Innerhalb dieses Geschichtsbildes wurde die Integration von Österreichern in der Wehrmacht ausschließlich als zwangsweise Teilnahme interpretiert. In einem Memorandum für die Außenministerverhandlungen in London Anfang 1947 liest sich diese Geschichtsversion so: »Österreich ist der Ansicht, daß die Österreicher zum Dienst in der deutschen Kriegsorganisation ebenso wie die Angehörigen anderer besetzter Gebiete gezwungen wurden«. Umso gewichtiger sei daher die Tatsache, daß »die Mehrheit der Österreicher (...) unter erschwerten Umständen mitgewirkt (hat), die Fähigkeit Deutschlands gegen die Alliierten Krieg zu führen, herabzumindern«.¹⁵

Vor den von außen- und staatspolitischen Interessen bestimmten Geschichtsinterpretationen hatten die Kriegserinnerungen der Soldaten vorerst zurückzutreten. Zumindest im öffentlichen Raum wurde das österreichische Wehrmacht-kollektiv mit einem Erinnerungsverbot an den Krieg belegt. Prototypisch läßt sich dies an der Denkmalkultur ablesen: Bis Ende der 40er Jahre dominierte etwa in der Steiermark die Errichtung von Denkmälern für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes; erst danach setzte eine »Denkmalbewegung« für den Aufbau von Gedenkstätten für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges ein.¹⁶

Die Phase der öffentlichen Tabuisierung des Kriegsdienstes in der Wehrmacht war bereits nach wenigen Jahren ausgelaufen. Der Gründungsmythos vom ersten Opfer Nazi-Deutschlands hatte sich zwar im Umgang mit der internationalen Staatengemeinschaft als politikfähig erwiesen, doch für die Konstituierung eines österreichischen Wir-Kollektivs war er weder repräsentativ noch ausreichend identitätsstiftend. Die kognitive Dissonanz zwischen staatlicher Opferthese und dem kollektiven Gedächtnis an Nationalsozialismus und Krieg drängte auf eine Überbrückung. Anders ausgedrückt: Mit der Opferthese allein ließ sich kein österreichischer Staat machen.

»Helden der Heimat«

Bereits Ende der 40er Jahre erfuhr das Erinnerungsfeld Wehrmacht eine spezifisch österreichische Enttabuisierung. Zu diesem Zeitpunkt setzte die mythische Umdeutung der Kriegsvorgängen-

heit ein. Sie diente sehr realen gesellschaftspolitischen Interessen, deren primäre Ursachen nicht zuletzt in einem noch keineswegs stabilisierten National- und Demokratiebewußtsein in den ersten Jahren der Zweiten Republik zu suchen sind. Denn der Elitenkonsens von der »Stunde Null« stand auf wackeligen Beinen und bedurfte einer gesellschaftlichen Absicherung: So hielten etwa laut einer Langzeit-Umfrage zwischen 1946 und 1948 weniger als die Hälfte der Befragten den Nationalsozialismus für eine schlechte Idee, während zwischen einem Drittel und der Hälfte den Nationalsozialismus als gute Idee, die schlecht durchgeführt wurde, bezeichneten.¹⁷ Angesichts dieser ideologischen Prägungen in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft stellte sich die Frage, wie es gelingen sollte, die mehr als eine Million ehemals großdeutscher Wehrmachtssoldaten, die nunmehr das personelle Rückgrat der österreichischen »Wiederaufbaugeneration« bildeten, in den österreichischen Staat einzubauen und ihre Erinnerungen an den Krieg für die österreichische Nationsbildung fruchtbar zu machen. Dabei galt es ein zweifaches Problem zu bewältigen. Erstens mußte – analog zur Bundesrepublik – die Legende von der »sauberen« Wehrmacht, als neutraler, von der Ideologie des Nationalsozialismus und den Verbrechen gereinigter historischer Ort etabliert werden. Doch auch ohne Nationalsozialismus bleibt die Wehrmacht eine deutsche Institution, die nicht für österreichische, sondern für großdeutsche Ziele gekämpft hat. Auf die in der Bundesrepublik dominierende Erinnerungsstrategie konnten österreichische Wehrmachtssoldaten nicht zurückgreifen, ohne gegen die staatstragenden nationalen Erinnerungsvorgaben zu verstoßen. In Österreich läßt sich die patriotische Formel der vom NS-Regime mißbrauchten Soldaten, die im nationalen, nicht aber im nationalsozialistischen Sinn für die deutsche Heimat und das deutsche Vaterland ihr Leben eingesetzt haben, schwerlich anwenden. Aus diesem Grund war es notwendig, nicht nur das nationalsozialistische, sondern auch das (deutsch-)nationale Element aus dem Erinnerungsfeld Wehrmacht zu eliminieren. Um diesen sozialpsychologischen Kraftakt zu meistern, mußte auf pränationale Identifikationsobjekte zurückgegriffen werden. Hier bot sich der vage, entpolitisierte Begriff von der »Heimat« an: Nicht für den Nationalsozialismus und Großdeutschland, sondern für die Verteidigung der Heimat hätten die österreichischen Soldaten gekämpft. Und als »Heimatverteidiger« konnten sie auch den Anspruch auf den Heldenstatus geltend machen. In der Periode des »Kalten Krieges« bot sich auch der »Kampf gegen den Bolschewismus« als nunmehr politisch korrektes Legitimationsmuster für den Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten und Südosten an – eine politische Phantasie, die an Instrumentalisierungskraft offensichtlich noch immer nichts eingebüßt hat. So schrieb der Herausgeber der »Neuen Kronen Zeitung«, Hans Dichand, unter dem Pseudonym »Flavius« zur Eröffnung der

Ausstellung in Graz, daß »die Steirer auf Kreta, in Afrika, vor Moskau und in Narvik gekämpft« haben, »um uns Steirer vor Stalin zu bewahren«. Als dieses Ziel gescheitert war, ging es den Wehrmachtssoldaten »darum, mit letzter Kraft doch noch zu versuchen, die Massenvergewaltigungen, Plünderungen und Morde«¹⁸ der »Roten Armee« zu verhindern.

Trotz aller Umdeutungs- und Legitimierungsversuche gelang es ihren Protagonisten nicht, sich selbst diese um die Verbrechen bereinigte Versionen gänzlich bruchlos einzureden. Denn wie präsent die Verbrechen der Wehrmacht dennoch blieben, verdeutlichen etwa die Muster aggressiver Schuldabwehr in diversen Festansprachen zur Einweihung von Kriegerdenkmälern: Von »selbsterfleischender Anklage und grausamer Selbstbeschuldigung«, von der Diffamierung »soldatischer Pflichterfüllung als Verbrechen« und von Kriegsheimkehrern, die »wegen der Zugehörigkeit zur deutschen Wehrmacht als Kriegsverbrecher gebrandmarkt«¹⁹ wurden, ist dort die Rede. Mit der Errichtung von Kriegerdenkmälern war nicht nur symbolisch die »Ehre der Gefallenen« wiederhergestellt. Vielmehr dienen diese kultischen Gedächtnisorte der Identitätsstiftung für die Überlebenden, die hier eine kollektive Absolution erfahren und zu geschlagenen und unschuldigen Helden mutieren.

Zwischen dem österreichischen Wehrmacht-kollektiv und den gesellschaftlichen und politischen Eliten der Zweiten Republik wurde ein erinnerungspolitisches Kommunikationsbündnis geschmiedet. Heidemarie Uhl faßt dieses agreement treffend zusammen: »Die Ehrenerklärungen führender Repräsentanten des öffentlichen Lebens waren aber kein einseitiges Entgegenkommen und sind auch nicht nur aus wahltaktischen Gründen erklärbar. Vielmehr war auf dieser Ebene eines der zentralen Integrationsangebote der Zweiten Republik angesiedelt. Vertreter der Parteien, der Behörden und der Kirchen würdigten die Pflichterfüllung für das Vaterland als überzeitliche staatsbürgerliche Tugend, ungeachtet des Regierungssystems, und vermittelten damit den ehemaligen Wehrmachtssoldaten das Gefühl, in vollem Umfang rehabilitiert zu sein, ohne sich von ihrer Vergangenheit gänzlich distanzieren zu müssen. Gewissermaßen als symbolische Gegenleistung versicherten die Vertreter der Kameradschaftsverbände, nun mit ebensolcher Treue der Republik Österreich zu dienen.«²⁰

Dieser strategische Pakt zur Stabilisierung des österreichischen Nationsbewußtseins bei gleichzeitiger positiver Sinnstiftung der Kriegserlebnisse produzierte über Jahrzehnte hinweg eine geradezu paradoxe Gedächtniskultur: Mit der Selbststilisierung Österreichs als erstes Opfer Nazi-Deutschlands gelingt die Externalisierung des Nationalsozialismus auf staatlicher Ebene. Bis zu Beginn der 90er Jahre wurde die Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes allein den Deutschen überlassen. Von der historischen und moralischen Verantwortung für den Nationalsozialismus selbst befreit, wird die Her-

auslösung des österreichischen Wehrmachtstkollektivs aus dem ideologischen und nationalen Rahmen des »Dritten Reiches« erst möglich. Am Endpunkt dieser Gedächtniskonstruktionen stehen die »Helden der Heimat«.

Während in der BRD der Kult um den gefallenen Soldaten angesichts der Totalität der Niederlage nicht revitalisiert wurde,²¹ feierten in Österreich Totenkult und pathetische Heldenverehrung eine Renaissance und schlossen nahtlos an die Gedächtnistraditionen des Ersten Weltkrieges an.²² Bei den allermeisten Kriegerdenkmälern wird unterschiedslos den Soldaten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges mit derselben Inschrift gedacht. Damit werden symbolisch die beiden Kriege gleichgesetzt und das Spezifikum des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges aus dem Gedächtnis getilgt.

»Schweigt von euren Heldentaten, und wir wollen von euren Verbrechen schweigen«,²³ so etwa lautete ein stillschweigender Gesellschaftsvertrag, der in der BRD zwischen den staats-tragenden Eliten und dem Wehrmachtstkollektiv geschlossen wurde. In Österreich hingegen gehören Ehrenerklärungen für die Wehrmachtssoldaten und der Dank für ihre Treue und Pflichterfüllung gegenüber der Heimat durch die kirchlichen und politischen Repräsentanten – quer durch die staatstragenden Parteien – seit Jahrzehnten zum fixen Bestandteil kollektiver Erinnerungskultur.²⁴ Lautet in der BRD die Kompromißformel: weder Helden noch Verbrecher,²⁵ so gilt für Österreich die Regel: sowohl Opfer als auch Helden.

Die Tabuisierung der Verbrechen der Wehrmacht war fünfzig Jahre lang umfassend: ob auf staats- oder außenpolitischer Ebene, in den Medien oder in der Populärkultur, in der wissenschaftlichen Forschung ebenso wie bei der Strafverfolgung oder in der Denkmalkultur. In allen politischen und gesellschaftlichen Segmenten der Nachfolgestaaten des »Dritten Reiches« wurde die männliche Mitte der NS-Gesellschaft verdrängt. Und dennoch blieb immer ein substantieller Rest von Unbehagen bestehen, die wir bei den Erzählungen von Vätern und Großvätern verspürten. Oder wie es ein Ausstellungsbesucher in Wien im Gästebuch formulierte: »Ich habe es immer geahnt ...«

Walter Manoschek, Univ. Ass. am Institut für Staats- und Politikwissenschaft der Universität Wien, ist wissenschaftlicher Mitgestalter und Österreichkoordinator der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Anmerkungen

- 1 Rüdiger Overmans, German and Austrian Losses in World War II, in: Contemporary Austrian Studies, Vol. 5, ed. by Günter Bischof&Anton Pelinka, New Jersey 1997, p. 295.

- 2 Zit. nach Jan Philipp Reemtsma (1997), Krieg ist ein Gesellschaftszustand. Rede zur Eröffnung der Ausstellung in München, in: Mittelweg 36, 2/97, S. 57.
- 3 Jan Philipp Reemtsma, Das Gesicht des Krieges, in: Profil, Nr. 43, 23.10.1995.
- 4 Hans-Jürgen Wirth, Von der Unfähigkeit zu trauern zur Wehrmachtsausstellung. Stationen der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, in: psychosozial, 20. Jg., (1997), Heft 1, Nr. 67, S. 8.
- 5 Jörg Haider, 50 Jahre Zweite Republik – Rückblick und Ausblick, Grundsatzrede vom 26.4.1995, abgedruckt in: Freiheitliche Akademie – Politische Akademie der FPÖ (Hg.), Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung 1996, S. 13–33.
- 6 Die Rede wurde vom deutschen TV-Sender ARD gefilmt und am 14.12.1995 im ORF ausgestrahlt.
- 7 Wirtschaftswoche, 13.4.1995 (Walter Just).
- 8 Kärntner Nachrichten, 26.10.1995 (Karl Huber).
- 9 Wirtschaftswoche, 30.3.1995 (Ing. Wilhelm Thilo).
- 10 Wirtschaftswoche, 6.4.1995 (Ing. Gert Mallat, Soldat).
- 11 Wirtschaftswoche, 13.4.1995 (H. Wankiewicz).
- 12 Süd-Ost Journal Feldebach, 11/95 (Franz Puntigam).
- 13 Hannah Arendt, Besuch in Deutschland, in: Hannah Arendt, Zur Zeit. Politische Essays, Berlin 1986, S. 44.
- 14 Alfred Streim, Saubere Wehrmacht? Die Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen in der Bundesrepublik und der DDR, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht, Hamburg 1995, S. 581 und 584.
- 15 Eva-Maria Csáky (1980), Der Weg zur Freiheit und Neutralität. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955, Wien, Dok. 51, S. 121.
- 16 Heidemarie Uhl (1994), Erinnern und Vergessen. Denkmäler zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges in Graz und in der Steiermark, in: Stefan Riesenfellner/Heidemarie Uhl, Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar, S. 111–197.
- 17 Die Umfrage ist zitiert bei Oliver Rathkolb (1986), NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschiede und Etablierung des VdU, in: Sebastian Meißl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955, Wien, S. 74f.
- 18 Flavius, in: Neue Kronen Zeitung, Steiermark, 3.12.1997.
- 19 Zit. nach Uhl (1994), S. 149.
- 20 Uhl (1994), S. 151.
- 21 Siehe dazu George L. Mosse (1990), Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars, New York-Oxford.
- 22 Günter Bischof (1997), Founding Myths and Compartmentalized Past: New Literature on the Construction, Hibernation, and Deconstruction of World War II Memory in Postwar Austria, in: Günter Bischof/Anton Pelinka (Ed.), Austrian Historical Memory & National Identity (Contemporary Austrian Studies, Vol. 5, New Brunswick-London), S. 339, Anm. 49.
- 23 Jan Philipp Reemtsma (1997), Krieg ist ein Gesellschaftszustand, in: Hans-Günther Thiele (Hg.), Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse, Bremen, S. 62.
- 24 Heidemarie Uhl (für die Steiermark) und Reinhard Gärtner/Sieglinde Rosenberger (1991), Kriegerdenkmäler. Vergangenheit in der Gegenwart, Innsbruck, (für Oberösterreich) führen dafür zahlreiche Beispiele an.
- 25 Klaus Naumann (1997), Nachkrieg. Vernichtungskrieg, Wehrmacht und Militär in der deutschen Wahrnehmung nach 1945, in: Mittelweg, Heft 3/97, S. 17.

Bundesministerium für
Gesundheit/Susanne Auling

Rechtsgleichheit und Rechtswirklichkeit bei der Strafverfolgung von Drogenkonsumenten

Die Anwendung von § 31a BtMG
im Kontext anderer
Einstellungsvorschriften
Endbericht eines Forschungsprojekts
der Kriminologischen Zentralstelle
Wiesbaden e.V. im Auftrag des
Bundesministeriums für Gesundheit;
März 1997

In seiner »Haschischentscheidung« aus dem Jahre 1994 hatte das Bundesverfassungsgericht die Einstellung von Bagatelldelikten aufgrund der Vorschriften des BtMG (insbes. § 31a) gebilligt, aber die bis dahin erkennbare stark unterschiedliche Einstellungspraxis in den Ländern ausdrücklich beanstandet. Zuverlässige empirische Erkenntnisse zu dieser Frage lagen bisher aber nicht vor. Die Studie basiert auf der ersten Auswertung der Geschäftsstatistiken der Staatsanwaltschaften in allen Bundesländern (mit der Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern) sowie der einschlägigen Ermittlungsakten von 22 Staatsanwaltschaften in sechs Ländern. Sie faßt die Ergebnisse in verständlicher Form zusammen; zahlreiche Abbildungen und Tabellen sowie ein umfangreicher Anhang erlauben sowohl den schnellen Überblick wie den mühelosen Zugriff auch auf Detailinformationen. Das Werk richtet sich daher nicht nur an juristische Fachkreise wie Staatsanwaltschaften und Strafverteidiger, sondern auch an Rechts- und Gesundheitspolitiker, Sozialarbeiter und alle an praktischen Fragen des Drogenrechts Interessierte.

1997, 480 S., brosch.,
78,- DM, 569,- öS, 71,- sFr,
ISBN 3-7890-5116-0

(Schriftenreihe des Bundesministeriums für
Gesundheit, Bd. 89)

 **NOMOS**